

EGG. Der Gemeinderat möchte die umstrittene Ortskernumfahrung realisieren und damit das Verkehrsproblem im Zentrum lösen. Der Widerstand gegen das Projekt bleibt.

ANDRES EBERHARD

Überraschend war der Entscheid nicht, den der Gemeinderat gestern mitteilte. «Nach Abwägung aller Argumente hat sich der Gemeinderat entschieden, die Variante Ortskernumfahrung («Spange») weiterzuverfolgen», schreibt er. Der Gemeinderat hatte sich schon zuvor für die Umsetzung der «Spange» eingesetzt – nach grossem Widerstand aber eine Begleitgruppe eingesetzt, welcher unter anderem auch die Gegner des Projekts angehört (siehe Box).

Bei der «Spange» geht es um den Ausbau der Neuen Meilenerstrasse, welche künftig die Hauptverkehrsachse durchs Dorf wäre und eine Entlastung der Forchstrasse im Dorfzentrum mit sich bringen soll. Durch den Ausbau der neuen Meilenerstrasse könnte die Forchstrasse zu einer Gemeindestrasse abklassiert und verkehrsberuhigt werden, wie der Gemeinderat schreibt. Dies stelle eine «einmalige Chance» dar. Die Sicherheit für Fussgänger und Velofahrer könne dadurch im Zentrum massiv verbessert werden. Ausserdem könnten die Plätze im Zentrum (Markt-, Dorf- und Viehschauplatz) besser miteinander verknüpft werden. Damit werde das Dorfleben im Zentrum gefördert, die Haltestelle der Forchbahn könne attraktiv gestaltet und die Einkaufsvielfalt entlang der Forchstrasse verbessert werden, so der Gemeinderat.

Diese Argumente klingen angesichts der Tatsache, dass seit Jahren ein heftig geführter Streit zur Umsetzung der «Spange» tobt, sehr idyllisch. So wehrt sich insbesondere die Interessengemeinschaft Ortsdurchfahrt Egg (IG OD Egg) gegen den Bau der neuen Strasse. Vor allem darum, weil sie durch ein dicht besiedeltes Wohngebiet



Der Gemeinderat möchte durch den Bau der Ortskernumfahrung («Spange») erreichen, dass künftig auf der Forchstrasse (Bild) weniger Verkehr rollt. Bild: Archiv

führen würde. «Jede neu gebaute Strasse gibt mehr Verkehr», argumentiert Katharina Kunz von der IG OD Egg weiter.

«Zentrum höher gewichtet»

Zwar sei auch sie für ein attraktives Zentrum, so Kunz. Der Preis dafür sei aber zu hoch. «Der Gemeinderat möchte für den Durchgangsverkehr Wohnqualität opfern.» Sie sei «enttäuscht, dass der Gemeinderat keine sachliche, gemeinsame Lösung gesucht hat und unsere Bedenken einfach immer ignoriert.» Es brauche ein Moratorium, da es keinen Zeitdruck gebe. Die Forchstrasse weise noch über Jahre genügend Kapazität auf. «Ausserdem ist es falsch, unter Zeitdruck eine Entscheidung zu einer solch komplexen Problematik zu fällen.»

Gemeindepräsident Rolf Rothenhofer erwidert, dass im Zusammenhang mit der (Um-)Gestaltung der Forchstrasse sehr wohl Zeitdruck bestehe. Der Gemeinderat habe jetzt entscheiden müssen, weil die Forchbahn ihre Bahnübergänge bis 2014 saniert haben muss. «Die wollen wir nicht im Nachhinein wieder abändern müssen.»

«Spange» vom Kanton bezahlt

Gemeindepräsident Rothenhofer begründet die Entscheidung zugunsten des Ausbaus der neuen Meilenerstrasse damit, dass der Gemeinderat im Interesse des ganzen Dorfs habe entscheiden müssen. «Wir haben ein attraktives Zentrum für die ganze Bevölkerung höher gewichtet als das Ärgernis der Leute, die sich gegen die Strasse wehren», sagt er.

In einem ersten Schritt werde der Entscheid nun dem Kanton mitgeteilt, damit die Detailplanung erfolgen könne. Gleichzeitig werde die Forchbahn involviert, damit die Bahnschranken realisiert werden können, und als dritten Schritt werde die Beruhigung der Forchstrasse angegangen, sagt Rothenhofer zum weiteren Vorgehen. Beim letzten Punkt wird die Gemeindeversammlung noch mitreden können. Die Ortskernumfahrung dagegen, wie die «Spange» auch genannt wird, wird vom Kanton realisiert und bezahlt.

Der Widerstand gegen die Strasse sei durch den Entscheid des Gemeinderats auf jeden Fall noch nicht gebrochen, wie Katharina Kunz von der IG OD Egg deutlich sagt: «Wir bleiben dran. Wir finden die Strasse nach wie vor einen Unsinn.»

Entscheid aus drei Varianten

Gegen den geplanten Ausbau der neuen Meilenerstrasse («Spange») gab es grossen Widerstand, worauf der Gemeinderat eine Begleitgruppe aus Teilen der Bevölkerung einsetzte. Ihr präsentierte er zwei Alternativen, wie das Verkehrsproblem (auch ohne die «Spange») gelöst werden könnte. Die Begleitgruppe hatte keine Entscheidungskompetenz. Die Teilnehmer konnten sich auch nicht auf eine Empfehlung zuhanden des Gemeinderats einigen. (eba)